BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN

KREISTAGSFRAKTION
LANDKREIS BÖBLINGEN

KREISTAGSFRAKTION BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
BÖBLINGEN

Roland Mundle
Fraktionsvorsitzender

Höhenstr. 20
71069 Sindelfingen
☎ 07031/674874
07031/675062
☎ 01728111185
rolandmundle@aol.com

Böblingen, 21.November 2011

Stellungnahme zum Haushalt 2012
des Landkreises Böblingen

Es gilt das gesprochene Wort.

Sehr geehrter Herr Landrat,
sehr geehrter Herr Dittmar,
verehrte Kolleginnen und Kollegen des Kreistags,
geehrte Damen und Herren der Kreisverwaltung und der Presse, liebe Gäste!

Der Kreishaushalt 2012 ist grün, zunächst vom Einband her. Sie, Herr Landrat, haben in Ihrer Haushaltsrede schon gesagt, dass der Haushalt 2012 ein sogenannter „Tunnel-Haushalt" ist. Wir planen einen Haushalt mit einem Defizit von 11,6 Mio €, das wir erst im Jahre 2014 ausgleichen können. Ein solcher Haushalt wäre als kameraler Haushalt schlicht nicht genehmigungsfähig gewesen. Dank der höheren Einnahmen in 2011 und stetiger Nachbesserungen bis heute müssen nun glücklicherweise einige Maßnahmen nicht geschoben werden. Trotzdem verschieben wir weiterhin bereits geplante Investitionen um ein Jahr. Nun wissen Sie alle, dass wir Tunnelprojekten an anderer Stelle nicht gerade aufgeschlossen gegenüberstehen, weil sie nicht selten große Risiken bergen. Das Tunnelprojekt Kreishaushalt 2012 setzt voraus, dass wir die verabredete Verknüpfung mit dem Kreisumlagesatz 2013 auch tatsächlich so umsetzen - Sie, Herr Landrat, haben das schon als „Doppelhebesatz" bezeichnet. Diesen Doppelhebesatz sollten wir als klares Signal unseres politischen Willens auch gemeinsam beschließen. Wir werden gerne auch gemeinsam mit anderen Fraktionen einen entsprechenden Antrag stellen, damit der eingeschlagene Weg zum schnellen Abbau

des Defizits gesichert ist. Dem von der Verwaltung neu vorgelegten Vorschlag die Hebesatzverstetigung bis auf 39,3% weiter abzusenken, werden wir nur folgen, wenn sich dadurch noch weitere Absenkungen abwehren lassen. Im Herzen stehen wir hinter der 39,7.
Die Entlastung für die Kreisgemeinden durch eine weitere Absenkung wäre nur kurzfristig und marginal. Ich erinnere an dieser Stelle noch einmal daran, dass unser Landkreis im Ranking der Verschuldung leider im „Spitzenfeld" liegt, während unsere Kreisgemeinden im Mittel im unteren Drittel liegen. Wir haben viel zur Entlastung der Kommunen getan. Auch das Land wird einiges beitragen und wir dürfen nicht vergessen, dass die gestiegenen Steuereinnahmen auch direkt den Gemeinden zu Gute kommen.

Wir wollen einen gesicherten Haushaltsausgleich innerhalb dieser Legislaturperiode. Bei dem vorgelegten Vorschlag, 39,3 %, kann dieses Ziel aber nur bei einer Annahme eines besseren Ergebnisses erreicht werden. (Planansatz: Minus 389 Mio. € noch in 2013!). Wir wollen unseren Einsatz bei dieser Wette auf die zukünftige Entwicklung nicht noch erhöhen. Deshalb können wir auch einer Forderung nach einer noch weiteren Absenkung der Kreisumlage überhaupt nicht folgen. Zumal dies auch in keiner Weise mit der Finanzlage der Kreisgemeinden zu rechtfertigen ist. Statt kurzfristiger Hebsatzabsenkungen stehen wir für Maßnahmen, die eine nachhaltige Wirkung zur Entlastung der Kommunen bringen, indem wir z. B mit Schuldenabbau oder Gebäudesanierung den Kreishaushalt dauerhaft entlasten.

Bezogen auf die Gesamtsituation hat sich gegenüber den Vorgängerhaushalten nichts Wesentliches verändert, wie sollte es auch – an den Rahmenbedingungen hat sich ja nichts geändert. Ein Haushaltstunnel kann nicht die dringend notwendige neue Gemeindefinanzierung ersetzen. Bereits im letzten Jahr haben wir auf das finanzpolitische Dilemma hingewiesen, in dem die Kommunen und Kreise stecken. Es bleibt doch bei den widersprüchlichen Forderungen, möglichst niedrige Kreisumlagesätze zu erheben bei gleichzeitiger Reduzierung der Schulden, wobei die Pflichtaufgaben sogar noch ausgeweitet werden. Umso wichtiger wird es sein, dass auf bundespolitischer Ebene ein Durchbruch für eine neue Gemeindefinanzierung erreicht wird.
Die Aktivität der derzeitigen Bundesregierung beschränkt sich aber nach dem Scheitern der Gewerbesteuerreform auf die Finanzierung der Grundsicherung zu 45 % im nächsten Jahr. Ob die zugesagte weitere Entlastung bis 100% bis 2014 Gesetz wird, bleibt abzuwarten. Immerhin ein Trippelschritt in die richtige Richtung, doch viel zu zaghaft und zu wenig. Weitere Lastenverschiebungen zum Bund lehnt die Bundesregierung jedoch ab. Stattdessen werden umfassende Leistungseinschränkungen im sozialen Bereich geprüft und in Teilen bereits umgesetzt, um die Kommunen auf der Ausgabenseite zu entlasten.

Wir fordern eine Entlastung der Kommunen bei den sozialen Ausgaben ohne Sozialabbau.

Auf Druck der FDP plant nun die Bundesregierung für 2013 und 2014 aber eine Senkung von Steuern. Diese Mindereinnahmen müssen dann mit 15 Prozent die Kommunen schultern. Angesichts der dramatischen Finanzsituation der öffentlichen Hand insgesamt mit über 40 Mrd. Euro Kassenkrediten verbunden mit einem Investitionsstau von 75 Mrd. Euro in den Kommunen darf es aus unserer Sicht keine weiteren Steuersenkungen geben. Wir haben kein Ausgaben- sondern ein Einnahmenproblem!

Die **neue Landesregierung** plant ja trotz geerbter Altlasten, wie dem Kauf der EnBW- Aktien mit einer Haushaltsbelastung von fast 5 Mrd. Euro und vielen nicht durchfinanzierten Versprechungen der alten Landesregierung, dennoch etliche Verbesserungen für die Kommunen und Kreise umzusetzen. Das sind insbesondere:

- Die Reduzierung der Vorwegentnahme des Landes aus dem Finanzausgleichsgesetz um **40 Mio. Euro**, d.h. die Kommunen haben insgesamt 40 Mio. Euro mehr.
- Die Zuweisungen des Landes für die Schülerbeförderung werden ab 2012 um **20 Mio. Euro** auf 190 Mio. Euro erhöht.
- Für den Orientierungsplan, also die Sprachförderung, werden **10 Mio. Euro bereitgestellt**
- und für den Ausbau der Betreuung unter Dreijähriger **315 Mio. Euro**.
- Die Schulsozialarbeit, die die Kommunen bisher alleine tragen müssen, wird ab 2012 zu einem Drittel durch das Land finanziert.
- Nicht zu vergessen: Auch der Deckel Sindelfingen/Böblingen wird mitfinanziert.

Denken wir auch an weitere Projekte, die ohne Landesunterstützung nicht umgesetzt werden können:

- Zur Finanzierung der Elektrifizierung der Schönbuchbahn benötigt man höhere Fördermittel im ÖPNV-Topf.
- Zur wirtschaftlichen Darstellung eines Klinikneubaus am Standort Böblingen/Sindelfingen sind Fördermittel des Landes unerlässlich.

Daher appellieren wir an alle, die derzeit immer neue Forderungen an die Landesregierung erheben, den Bogen nicht zu überspannen, sich zu erinnern, was vorher war und die deutlich sichtbaren Verbesserungen auch zu honorieren.

Die grün-rote Landesregierung hat nicht nur eine kommunalfreundliche Grundhaltung, sie verbessert durch ihre Politik auch konkret und nachhaltig die Finanzsituation der Städte und Gemeinden. Ziel der grün-roten Landesregierung ist es, die Kommunalfinanzen zu stärken und in den nächsten Jahren auf eine planungssichere Basis zu stellen. Die Verhandlungen mit den kommunalen Spitzenverbänden über Kommunalfinanzen befinden sich aktuell in der Schlussphase und wir sind auf einem guten Weg.

Auf einzelne Bereiche des Haushalts möchte ich besonders eingehen:

Schon in der letzten Haushaltsrede haben wir davor gewarnt die Einsparschraube im **Personalbereich** zu überdrehen. Dies gefährdet nicht nur die Qualität der Arbeit, sondern auch die der Arbeitsplätze. Es ist uns überaus wichtig, dass der uns vorgestellte „Zielvereinbarungsprozess" bei der Umstrukturierung der Verwaltung wirklich gelebt wird. Die Zeiten eines „Regierens" von oben herab sollten endgültig vorüber sein. Wohin zu starker Personalabbau und eine Führung ohne Einbindung der Betroffen führen, hat sich ja jüngst an anderer Stelle überdeutlich gezeigt.

Dies führt uns zum **Klinikverbund.**

Die weitere Entwicklung des Klinikverbunds Südwest ist im Landkreis wohl **das** Thema, welches zurzeit am meisten Beachtung findet.
Hier stehen wir vor größten Herausforderungen. Wir streben ein nachhaltiges Konzept für unsere Kliniken an. Die ersten Schritte hierzu sind gemacht. Es wird eine neue Geschäftsführerin bzw. ein neuer Geschäftsführer gesucht. Diese oder dieser muss sozusagen mit ruhiger Eile gefunden und mit allen Beteiligten gemeinsam „den Kurs aufnehmen".

Eine ergebnisoffene Begutachtung der Standorte Böblingen und Sindelfingen, sowie die eventuellen Auswirkungen auf die Standorte in Leonberg und Herrenberg ist von den Aufsichtsräten und den Gesellschaftern auf den Weg gebracht worden. Dies ist gut so!
Wichtig ist uns hier jedoch auch die finanzielle Mitbetrachtung der Weiternutzung oder des Rückbaus der bisherigen Standorte bei einem eventuellen Neubau einer gemeinsamen Klinik. Dazu gehört auch eine transparente Darstellung der geplanten Investitionen an den alten Standorten, die durch einen Neubau obsolet werden, sowie die Auswirkung auf den Überbrückungszeitraum. Nur so ergibt sich für uns ein klares Bild, das eine tragfähige Entscheidungsgrundlage ist.

Auch finanziell betrachtet steht der Klinikverbund vor großen Herausforderungen.
Im letzten Jahr war noch die Rede von einer schwarzen Null (im Landkreis Calw offensichtlich sogar noch in diesem Jahr). Wir reden im Landkreis Böblingen nun von einem jährlichen Trägerzuschuss, in Höhe von mindestens 4 Mio. € jährlich. Dies entspricht ungefähr 1% Kreisumlage plus X für unsere Krankenhäuser – und Sie, Herr Landrat, meinen, notfalls solle an anderen Stellen gespart werden. Es stellt sich nur die Frage, wo?

Wir fordern eine Gegenüberstellung der möglichen Szenarien mit den zu erwartenden Auswirkungen für die nächsten 5-10 Jahre. Dann haben wir eine vernünftige Entscheidungsgrundlage. Das politische Ziel für uns bleibt ein zuschussfreier Klinikbetrieb. Dies darf jedoch nicht der alleinige Maßstab sein. Zu extreme Einschnitte beim Personal führen zu hoher Fluktuation, zu Missverständnissen und Überlastungen. So kann eine gute Qualität nicht erreicht werden.

Wir wollen in aller Deutlichkeit sagen, dass unsere Kliniken eine sehr gute medizinische Arbeit leisten und die finanzielle Situation allein durch den großen Einsatz von Eigenkapital zur Investition in Gebäude und Infrastruktur der Kliniken entstanden ist (Vor Abschreibungen gibt es hier durchaus noch gute finanzielle Ergebnisse in den einzelnen Kliniken). Diese Investitionsgelder müssten eigentlich vom Land bereitgestellt werden. In der Vergangenheit war das nicht zufriedenstellend der Fall. Wir sind froh darüber, dass die neue Landesregierung angekündigt hat das Volumen des Jahreskrankenhausprogramms für Investitionen deutlich anzuheben. Jetzt müssen die Gelder nur auch wirklich bereitgestellt werden.

Immer wieder wird uns von der Verwaltung mitgeteilt, dass den Kreisbürgerinnen und -bürgern eine ortsnahe Versorgung wichtig ist. Wir können das aber nur leisten, wenn das Angebot auch gut angenommen wird. Von den Kliniken wird ja bereits eine verstärkte Aufklärungs- und Öffentlichkeitsarbeit erbracht. Aber wir meinen, dass auch die Landkreisverwaltung diese Anstrengungen unterstützen und die Bürgerinnen und Bürger öffentlich auf diesen Zusammenhang aufmerksam machen sollte. Die Verantwortung für den Erhalt einer flächendeckenden Versorgung darf nicht nur bei der Politik liegen, hierfür muss eine Bewusstseinsbildung in der Bevölkerung, aber auch bei den einweisenden Ärztinnen und Ärzten geschaffen werden.

Ich komme zur **Abfallwirtschaft**:
Mit Blick auf die Neufassung des Kreislaufwirtschaftsgesetz und mit dem Ziel unseren Bürgerinnen und Bürgern ein differenziertere Möglichkeit der Wertstoffsammlung zu ermöglichen,

hat die Grüne Fraktion letztes Jahr zu Teilen der Einführung der optionalen „eingeschränkten" **Wertstofftonne** ab Januar 2012 zugestimmt. Erfreulicherweise sind unsere Bürgerinnen und Bürger bei der Wertstoffsammlung bereits sehr vorbildlich und tragen selbst in hervorragendem Maße zur Ressourcenschonung und zur Stabilität ihrer Müllgebühren bei. Allerdings wollen wir damit nicht nur eine private Rosinenpickerei abwehren. Wir fordern die Landkreisverwaltung vielmehr auf, in Übereinstimmung mit dem Dualen System eine echte Wertstofftonne zu realisieren. In diese Richtung sollten die Bemühungen nochmals verstärkt werden. Mit der Ausgabe der Tonnen nur an 3 Wertstoffhöfen sind wir überhaupt nicht zufrieden. Das ist nicht bürgerfreundlich. Völlig inakzeptabel ist aber der unnötig erschwerte Erwerb des sogenannten „roten Einlagebeutels". Auch die relativ undurchsichtige Anwendungsanleitung trägt ganz sicher nicht zu dessen Akzeptanz bei.

Alle Jahre aufs Neue fordern wir an dieser Stelle ein, dass der Landkreis seine früheren hervorragenden Vermeidungskampagnen wieder auflegt.

Vermeiden heißt das Zauberwort: Beim Müll genauso, wie beim Verkehr oder der Energie.

Die **Energiewende** in Deutschland ist in vollem Gang. Erneuerbare Energien und Energieeffizienz werden die Energieversorgung der Zukunft bestimmen. Der Ausstieg aus der Kernenergie ist unumkehrbar und andere Länder, wie jetzt Belgien, folgen unserem Beispiel. Vor diesem Hintergrund wird der Energiemix in den kommenden zehn Jahren grüner werden. Die Energiewende bringt lokale Chancen mit sich, in diesem Sinne freut es uns, dass der Landkreis neben seinem guten Engagement in der Photovoltaik am Standort Leonberg nun auch bei der Windenergie die Initiative ergreift. Wir hoffen, dass dieses Engagement Schule macht und bedanken uns ausdrücklich für die Bereitschaft des Landkreises, bei Nachfrage, die Rolle des Koordinators zu übernehmen.

Zur Energiewende gehört aber auch die Energieeinsparung
Für den **Bereich Gebäudewirtschaft**, wollen wir unseren Impuls aus dem letzten Jahr wiederholen. Es kann nicht dabei bleiben, dass wir in diesem wichtigen Bereich untätig sind. Wir haben als Kreis Vorbildfunktion für Maßnahmen zur Reduzierung von Klimagasen. Solche Maßnahmen dienen zudem auch der Werterhaltung, wenn nicht sogar der Wertsteigerung unserer Immobilien und führen zu geringeren Ausgaben im Energiesektor, was sich nachhaltig auf die Folgehaushalte auswirkt. Wir bedauern, dass unser Antrag, der sich auch mit kostenneutralen Konzepten befasste, nicht entsprechend aufgenommen wurde. Es ist ja noch nicht aller Tage Abend, und wir bitten nun um eine zügige Umsetzung.

Nun zum Bereich **Bildung und Soziales**:
Dem Plan der Verwaltung unseren sozialen Beschäftigungsunternehmen im Landkreis bei der notwendigen Zertifizierung als Bildungseinrichtung durch eine einmalige Freiwilligkeitsleistung finanziell unter die Arme zu greifen, begrüßen wir ausdrücklich. Wir wollen nicht, dass künftig nur noch große, überregionale Einrichtungen zum Zuge kommen.
Unser Vorschlag, dass der Landkreis unter dem Titel **„Inklusion im Landkreis Böblingen"** selbst, abgestimmt mit der Landesregierung, konzeptionell aktiv wird, wurde bisher leider beiseite gelegt mit dem Argument „keine parallele konzeptionelle Modellschulentwicklung vorsehen zu wollen". Dies greift aus unserer Sicht zu kurz und sollte noch einmal überdacht werden. Wir haben im Landkreis im Bereich Sonderschulen eine besondere Verantwortung und daher muss eine qualifizierte Koexistenz der Sonderschulen und das Umsetzen der Inklusion aktiv von uns begleitet werden. Wir erinnern daran, dass die UN-Konvention geltendes Recht ist und wir müssen uns darauf einstellen, dass Eltern ihre gehandicapten Kinder gemeinsam mit den Nachbarskindern in den Regelschulen unterrichten lassen wollen. Es ist auch unsere Aufgabe, hier Vorüberlegungen und Vorschläge unter Einbeziehung aller Akteure zu entwickeln. Wir sind auch an anderer Stelle gut darin, dies über Zuständigkeitsgrenzen hinweg zu meistern. Genau dies war die Intention unseres Antrages. Wir sind daher froh über die Bereitschaft der Landkreisverwaltung, unseren Vorschlag noch einmal aufzugreifen.
Die untragbaren Missstände in der **Käthe-Kollwitz-Schule** müssen schnellstmöglich beseitigt werden. Im Interesse der Schülerinnen und Schüler sowie der Lehrkräfte wünschen wir der Verwaltung erfolgreiche Gespräche mit der Stadt Böblingen. Wir bitten die Verwaltung aber, nun besonders darauf zu achten, dass dieses sensible Thema mit der nötigen Transparenz, sowohl in die Gremien, als auch ins Kollegium und die Elternschaft getragen wird. Nur so können schädliche Gerüchte vermieden werden.

Im **Bereich der beruflichen Schulen** begeht der Landkreis schon seit Jahren einen erfolgreichen Weg. Viel Erfolg wünschen wir der Verwaltung für den Aufbau eines beruflichen Gymnasiums in Herrenberg.

Das **Bildungsforum** begrüßen wir sehr und werden es aktiv begleiten. Wir versprechen uns davon einen genauen Blick auf die tatsächlichen Verhältnisse im Kreis und Klarheit über unsere Handlungsoptionen. Wir wissen schon heute, dass wir die Talente eines jeden jungen Menschen dringend brauchen werden und müssen jede Chance nutzen, diese zu fördern. Anders können wir die gewaltigen Herausforderungen einer alternden Gesellschaft nicht meistern.

Die Kooperation mit der Hochschule Reutlingen für bis zu 96 Studenten zum „Master of Science in Service Computing" begrüßen wir im Interesse der jungen Menschen, die nun einen adäquaten – auch über die Grenzen des Kreises hinaus anerkannten - Abschluss erringen können. Die Finanzierung der Stiftungsprofessuren – eigentlich eine klassische Landesaufgabe - bereitet uns allerdings Sorge. Wir wünschen uns, dass die hiermit verbundenen hohen finanziellen Aufwendungen des Landkreises nur eine Anschubfinanzierung darstellen und alle möglichen Anstrengungen unternommen werden, um eine kreisunabhängige dauerhafte Finanzierung zu finden.

Gleichstellung von Frauen und Männern ist uns ein wichtiges Anliegen – und es ist eine Aufgabe der Landkreisverwaltung die tatsächliche Gleichstellung durchzusetzen und aktiv auf die Beseitigung der Nachteile hinzuwirken. Wir bedauern es sehr, dass die Verwaltung hier noch sehr zögerlich ist und erinnern an dieser Stelle noch einmal an unseren Antrag, die EU-Charta für die Gleichstellung von Frauen und Männern auf lokaler Ebene zu unterzeichnen. Wir befänden uns dann in guter Gesellschaft der 25 deutschen und über 1000 europäischen Kommunen, die diesen Schritt schon getan haben. Wir hätten die Ehre, der erste unterzeichnende Landkreis in Baden-Württemberg zu sein.

Neue Wege wollen wir auch bei der **Vergabe von Aufträgen des Landkreises** einschlagen. Wir wissen alle, dass das sparsamste Angebot nicht unbedingt das wirtschaftlichste ist und wir wollen zu unser aller Nutzen, dass wir auch ökologische und soziale Kriterien dabei berücksichtigen, wie es das Vergaberecht seit 2009 endlich erlaubt. Wir fordern die Landkreisverwaltung auf, solche Kriterien zu erarbeiten und dem Kreistag zur Beschlussfassung vorzulegen.

Unser Dank gilt Herrn Landrat Bernhard, der sich bei der Landesregierung nochmals deutlich für eine schnellstmögliche **Realisierung der Nordumfahrung Darmsheim** stark gemacht hat. Die Nordumfahrung Darmsheim und der **Deckel über der A81** mit einem hochwertigen Ausbau der Lärmschutzmaßnahmen für alle Anlieger liegt uns allen besonders am Herzen. Wir vertrauen auf die Zusagen der Bundes- und der Landesregierung und setzen uns für eine schnelle Realisierung ein. Ansonsten sind die Zeiten des Straßenneubaus Geschichte. Wir werden uns jetzt dringend um den bisher vernachlässigten Ausbau der Verkehrswege für nicht motorisierte Verkehrsteilnehmer kümmern müssen. Diese Weichenstellung ist ja bereits über die Zukunftskommission erfolgt und muss nun auch zügig mit Leben gefüllt werden. Der Erhalt des Straßennetzes wird uns in Zukunft noch viel Geld kosten, daher raten wir dringend davon ab Landesstraßen zu Kreisstraßen umzuwidmen.

Wenn jetzt endlich alles so läuft, wie vom Bauherren Deutsche Bahn zugesagt, dann kann hoffentlich wirklich Ende 2012 die **S60** eingeweiht werden – die Hoffnung stirbt zuletzt! Dass aber bereits der Bau einer einfachen, kurzen S-Bahn-Strecke dem Bauherrn Bahn so aus dem Ruder laufen kann, bestätigt unsere Vorbehalte gegen das schwierige Großprojekt Stuttgart 21 auf eindrucksvolle Weise. Die Erfolgsstory der **Schönbuchbahn** haben wir bereits im letzten Jahr hervorgehoben. Jetzt muss zügig die Elektrifizierung umgesetzt werden.

Im letzten Jahr hatten wir an dieser Stelle unter anderem gefordert, dass in jedem Fall die sogenannte Gäubahntrasse bleiben muss. Zumindest dieser Punkt scheint nun - dank der Schlichtung mit Herrn Geißler - sichergestellt. Es gibt jedoch derzeit weder ein endgültiges Konzept für die Anbindung, noch eine Bekanntgabe der Kosten.
Die Bürgerinnen und Bürger im Landkreis erhalten am 27.11.2011 die einmalige Gelegenheit sich in einer Volksabstimmung mit Nein gegen den Ausstieg und mit Ja für den Ausstieg aus der Mitfinanzierung des Landes von **Stuttgart 21** zu entscheiden. Das ist schon ein großer demokratischer Fortschritt. Sie können entscheiden, ob in den nächsten 10 Jahre 18,5 Millionen € durch die Gemeinden des Landkreises für deutliche Verschlechterungen des ÖPNV im Landkreis Böblingen und für einen Bahnhof ausgegeben werden, dessen Kapazität für alle Zeit „auf Kante genäht" bleibt und der für einen guten integralen Taktfahrplan untauglich bleiben wird. Sie entscheiden, ob diese Mittel für andere, sinnvollere Projekte zur Verfügung stehen. Darauf gehe ich nachher beim TOP 2 näher ein.

Ich komme zum Schluss:

Victor Hugo hat einmal gesagt:
„Die Zukunft hat viele Namen: Für Schwache ist sie das Unerreichbare, für die Furchtsamen das Unbekannte, für die Mutigen die Chance."

Wir wollen gemeinsam mutig **Chancen erkennen und nutzen**!
Dies gilt vielfältig im Kreis:

- ✓ Für die gemeinsame Entwicklung von örtlich passenden Konzepten in den Bereichen, Soziales, Gesundheit, Bildung, Mobilität und Energie.
- ✓ Für die Realisierung einer gemeinsamen Stadt Sindelfingen und Böblingen als starkem Standort im Landkreis und als Stärkung des Landkreises Böblingen in der Region Stuttgart.
- ✓ Für die kontinuierliche Weiterentwicklung im Landkreis, weg von einer starken Monostruktur hin zur Vielfalt.

- ✓ Für zukunftsfähige Verkehrssysteme, umweltfreundliche Fahrzeuge und intelligente Verkehrskonzepte
- ✓ Für eine neue nachhaltige Finanzierung der Kommunen
- ✓ Für eine stärkere Umsetzung der Geschlechtergerechtigkeit
- ✓ Für neue Schulmodelle, die alle Kinder und Jugendlichen nach ihren Möglichkeiten fördert und niemanden aussondert.
- ✓ Für den eine Stärkung der sozialen Marktwirtschaft mit einer Teilhabe für alle.
- ✓ Für zielorientiertes, statt interessengeleitetem Handeln.

Wir bedanken uns bei Ihnen, Herr Landrat, bei Ihnen, Herrn Dittmar, und bei all' den Damen und Herren der Kreisverwaltung für die stets freundliche und offene Zusammenarbeit.

Und bei Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit!

Für die Kreistagsfraktion

Roland Mundle
Fraktionsvorsitzender

Anlage: Anträge Fraktion Bündnis90/Die Grünen zum Haushalt 2012

Antrag 1	Naturschutzgebiete im Kreis Böblingen
Antrag 2	Klinikverbund Südwest
Antrag 3	Barrierefreiheit in Bussen
Antrag 4	Entwickeln ökologischer und sozialer Vergabekriterien

Aufrechterhaltung der Anträge aus dem letzten Jahr

Antrag 1	Klimaschutz im Landkreis Böblingen
Antrag 2	Initiative zum gemeinsamen Lernen von behinderten und nicht behinderten Kindern und Jugendlichen in Kindergärten, Kindertageseinrichtungen und Schulen im Landkreis Böblingen – „Inklusion im Landkreis Böblingen"